

„Der Kommissar geht um ...“, so sang Falco einst. Nun geht ein externer Berater im Theater Trier ein und aus, um weiteres Einsparpotential auszuloten, für die Trierer Theatermacher offensichtlich betriebsblind seien. Auch das eine Zumutung der Verwaltung. Andererseits muss der verantwortliche Intendant, Gerhard Weber, jedoch viel entschiedener seine Interessen gegenüber der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen: Einen Spielraum gibt es nicht mehr. Alles weitere geht nur noch auf die Knochen der Kulturschaffenden. Punktum!

Damit wäre auch in Trier die Position des Kulturstaatsministers, Bernd Neumann, erreicht. Eine schöne linke Position, die dem Minister bei seinem Besuch hier in Trier (vgl. TV, 08.09.12) wohl keiner der anwesenden Politiker und Kulturschaffenden zugetraut hätte. „Sparen bei der Kultur? Völlig ausgeschlossen, sagt Neumann. [...] Kultur und Bildung sei halt die Basis von allem, da verbiete sich jede Kürzung.“ (TV, ebd.). - So muss es sein, wenn linke Politik auch kommunalpolitisch gestaltet werden soll! „Sich zahm geben“, wie der Redakteur des TV die Haltung der Trierer Kulturszene beschreibt, sei „indiskutable“ (TV, ebd.), kommentiert der Staatsminister seine linksaktive Position.

Damit ist schon „die“ Lösung einer Kulturfinanzierung in Trier vorgezeichnet. Hermann Lewen sprach sie gegenüber dem Minister auch aus: Die gesamte Kultur muss endlich als „Pflichtaufgabe“ (TV, ebd.) in der Landesverfassung von RLP verankert werden. Dadurch kommt die ersehnte Hilfe tatsächlich „von außerhalb“, aber nicht durch einen „Sparkommissar“, wie es die Verwaltung befürwortet, sondern durch ein neues Landesgesetz! Die Landespolitik ist hier gefragt. Es muss das „Konnexitätsprinzip“ zwischen Land und Kommune neu geregelt werden. Anders wird es nämlich nie gehen! Jeder Schritt zurück bedeutet nämlich einen Schritt nach „rechts“ hinein ins kleinkarierte, spießbürgerliche Denken.

Andere Bundesländer machen das schon seit Jahren vor. Das ist nicht neu. Neu ist diese Idee auch in Trier nicht. Denn schon am 29.05.11 habe ich vor dem Stadtrat der Stadt Trier in einer Wortmeldung das Konzept, für das das Land Sachsen eine Vorreiterrolle einnimmt, ausführlich vorgestellt (vgl. Sitzungsprotokolle): „Würde also die Kultur im Rahmen einer neuen „Landesgesetzgebung“ faktisch in den Stand einer von jeder Kommune zu leistenden „Pflichtaufgabe“ erhöht werden, dann müssten auch die disponiblen finanziellen Ländermittel insofern erhöht werden, wodurch eine „verstärkte Beteiligung der Länder am Schutz kultureller Güter unter Gemeindetragerschaft“ (ebd.) erreicht werden könnte.“ (vgl. meine Homepage, 29.05.11) Die ADD könnte der Stadt Trier somit nicht mehr vorschreiben, an den „freiwilligen Leistungen“, die die Stadt für ihre Bürger/innen erbringt, solange die Schrauben zu drehen, bis die Daumen abgefault sind. Dagegen hebt eine linke Politik beide Daumen hoch für eine vielfältige Kulturszene in Trier, auch über die gnadenlose Konsolidierungsära von OB Jensen hinaus. Besserung kommt aus dem Land: Denn Beck ist weg!